

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 68 (1989)  
**Heft:** 3: Materialien zur "Schweiz ohne Armee"

**Artikel:** Programm der SPS zur Friedens- und Sicherheitspolitik  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340717>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 06.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Programm der SPS zur Friedens- und Sicherheitspolitik

Die SPS hat im Jahre 1972 ein Leitbild für eine friedensstrategische Sicherheitspolitik unseres Landes verabschiedet. Dieses Leitbild hat seine Gültigkeit bis heute weitgehend behalten. Einzelne Fragen müssen aktualisiert werden. Die meisten Forderungen der SPS konnten bis heute wegen der politischen Macht der bürgerlichen Kräfte in Parlament und Regierung nicht durchgesetzt werden. Der SPS fällt deshalb die wichtige politische Verpflichtung und Verantwortung zu, die Anliegen einer Friedens- und Sicherheitspolitik zur Schaffung eines gemeinsamen und dauerhaften Friedens auch in den kommenden Jahren inner- und ausserhalb der politischen Institutionen zu vertreten.

Aus diesem Grunde haben Parteivorstand und Fraktion ein Dreizehnpunkte-Programm formuliert, welches die Stossrichtung und Prioritäten in den politischen Aktivitäten von Partei und Fraktion im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik festlegt:

1. Der Bund verstärkt den Einsatz für eine aktive Friedenspolitik auf internationaler Ebene massgeblich. Er gründet ein Institut für Friedens- und Konfliktforschung. Der Einsatz von Blauhelm-Truppen im Auftrag der UNO ist ernsthaft zu erwägen. Die Mittel für eine aktive Friedenspolitik sind deutlich aufzustocken und sollen jährlich im Budget ausgewiesen werden.
2. Die Schweiz muss ihre Anstrengungen zur Entwicklung in der Dritten Welt und zum Abbau des Nord-Süd-Gefälles verstärken. Der Export von Kriegsmaterial soll verboten werden.

3. Die Rüstungsausgaben sollen real auf dem Stand von 1987 eingefroren werden.

4. Der geplante EMD-Rüstungskredit von drei Milliarden Franken für 34 F-18-Kampfflugzeuge stösst an die Grenzen einer defensiven Armee des Kleinstaates. Wir lehnen ihn deshalb ab.

5. Der Einsatz der Armee für den Ordnungsdienst im Inneren ist ausgeschlossen. Der einzige Zweck besteht im Schutz des Landes gegen Aggressionen von aussen.

6. Wir lehnen die Einführung einer ständigen Bereitschaftsgruppe grundsätzlich ab. Die Armee ist und bleibt eine Milizarmee.

7. Der Zivilschutz darf nicht weiter militarisiert werden. Er soll zu einem Instrument für den Katastrophenschutz umgestaltet werden.

8. Anstelle des Wehrdienstes kann ein sozialer Zivildienst geleistet werden. Die Militärdienstverweigerung aus ethischen, religiösen oder politischen Gründen darf nicht mehr mit Gefängnis bestraft werden.

9. Eine obligatorische Dienstpflicht für Frauen oder eine anderweitige Militarisierung der Frauen im Rahmen der Gesamtverteidigung wird abgelehnt.

10. Die Militärjustiz wird für Friedenszeiten abgeschafft.

11. Niemand darf zu Beförderungsdiensten gezwungen werden. Soldaten und Offiziere werden bezüglich Bekleidung, Verpflegung, Sold, Unterkunft u.a.m. gleich behandelt.

12. In Friedenszeiten untersteht die Armee den gesetzlichen Vorschriften des Umweltschutzes und der Raumplanung.

13. Der militärisch-politisch-wirt-

schaftliche Komplex/Filz stellt eine Gefahr für die demokratischen Staatsstrukturen dar. Die Bundesbehörden müssen deshalb die Voraussetzungen für eine wirksame demokratische Kontrolle des Militärs und eine Entflechtung von Armee und Rüstungslobby schaffen.

## Erfolg im Wallis Misserfolg im Aargau

Bei den Wahlen im Aargau hat sich ein bewusst traditionell-Gewerkschaftliches Wahlkampfkonzept nicht bewährt. Sieben Sitzverluste im Grossrat sind auch hart, wenn es dem Gegner noch schlechter ging. Eine gründliche Analyse muss zu einem eigenständigen Parteiprofil führen. Nur so wird politisches Selbstbewusstsein wieder aufgebaut. Dann kehren auch die Erfolge wieder zurück. Bestes Beispiel ist der schöne Erfolg der Walliser SP. Trotz persönlichen und politischen Verunglimpfungen haben François Balmer und Peter Bodenmann erstaunlich gute Staatsratswahlergebnisse erreicht. Bei Proporzwahlen wäre ein Regierungssitz sicher gewesen. Die CVP mit 60 Prozent Wähleranteil bringt ihre Kandidaten nicht mehr im ersten Wahlgang durch. Die SP stockte ihre Grossratsfraktion um zwei Mandate auf. Wer es wagt, die Probleme zu nennen und auch neue Lösungen präsentiert, gewinnt. Der Walliser Erfolg ist ein erfreulicher Ansporn für die SP Schweiz.